

Schweiz

Moskau geht auf NZZ-Journalisten los

Russische Botschaft Nach einem Bericht über den ukrainischen Widerstand in russisch besetztem Gebiet nehmen Putins Diplomaten in Bern einen Korrespondenten ins Visier. Sie drohen unverhohlen mit Zwangslager.

Bernhard Odehnal
und **Thomas Knellwolf**

Wäre er jetzt in Moskau, hätte Ivo Mijnsen kein schönes Leben mehr. Dann nämlich drohten dem NZZ-Korrespondenten «Geldstrafe, Zwangsarbeit oder eine Freiheitsstrafe von zwei bis fünf Jahren». Diese Drohung stellte die russische Botschaft in Bern kürzlich auf Deutsch und Russisch auf ihre Website und machte sie gestern über ihren Twitter-Account publik.

Dass die diplomatische Vertretung Russlands Schweizer Journalistinnen und Journalisten einseitige Berichterstattung zugunsten der Ukraine vorwirft, ist fast schon Routine. Die NZZ, aber auch die Tamedia-Publikationen sind immer wieder Thema in auffallend langen und sehr aggressiv verfassten Statements.

Justiz wie unter Stalin

Neu ist die unverhohlene Drohung mit einer Justiz, die bewiesen hat, dass sie nicht dem Rechtsstaat, sondern nur Putin dient. Erst diese Woche wurde Oppositionspolitiker Wladimir Kara-Murza wegen angeblicher Falschinformationen über die Armee zu 25 Jahren Haft verurteilt. Solche Urteile wegen Polit-Delikten waren bisher nur unter Stalin üblich.

Was die russische Botschaft aber dem NZZ-Journalisten vorwirft, wiegt noch deutlich schwerer als «Falschinformationen». Nämlich: «Rechtfertigung von Terrorismus und Terrorismuspropaganda über die Medien.»

Der Schweizer Mijnsen ist in Wien stationiert und hat seit Beginn des Kriegs mehrmals für längere Zeit die Ukraine bereist. Anfang April schrieb er über die Zustände in der von den Russen besetzten Stadt Melitopol und über Sabotageakte ukrainischer Partisanen. Basis dafür waren offenbar persönliche Gespräche sowie die Auswertung von Texten und Bildern auf Telegram und anderen sozialen Medien. Eine unabhängige Berichterstattung aus besetzten Gebieten lässt das russische Regime nicht zu.

Mijnsen schreibt unter anderem vom zivilen Widerstand. So hätten ukrainische Frauen den russischen Soldaten Abführmittel



Gut geschützt und streng bewacht: Die russische Botschaft in Bern greift Schweizer Medienschaffende an. Foto: Raphael Moser

in das Brot gemischt. Er schreibt aber auch von der Hoffnungslosigkeit in einer Stadt, die der russische Staat zwar als eigenes Territorium betrachtet, wo er aber bis heute keine funktionierende Verwaltung aufgebaut hat.

Die russische Botschaft bezeichnet den Artikel als «Rechtfertigung des Terrorismus» und droht dem Autor nicht nur mit dem russischen Strafgesetz, sondern auch mit dem schweizerischen. Danach werde die Beteiligung an einer terroristischen Organisation mit bis zu zehn Jahren, die Werbung für eine terroristische Tat mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft. Normalerweise verurteilen Gerichte wegen dieser Paragrafen IS- oder Al-Qaida-Mitglieder.

Die Botschaft in Bern schreibt, sie habe keine Anzeige bei den russischen oder schweizerischen Strafverfolgungsbehörden eingereicht «im Zusammenhang mit dem NZZ-Artikel, in dem Terrorismus gerechtfertigt wird». In

Bezug auf Russland fügt sie hinzu: «Wir haben keine Informationen darüber, ob jemand das schon gemacht hat.» Und für die Schweiz behalte man sich «dieses Recht vor».

Texte für «Chefs in Moskau»

Eine ähnliche Drohung erhielt schon NZZ-Chefredaktor Eric Gujer, nachdem seine Zeitung im vergangenen Sommer eine ukrainische Karikatur mit einer roten Clownsnase auf dem Gesicht Putins abgedruckt hatte.

Taten folgten diesen Drohungen bisher nie. Teilweise sind wüste Beschimpfungen und Unterstellungen gegen Schweizer Medienschaffende auf der Website der Botschaft auch nur auf Russisch zu finden. Auch deshalb folgerte der russische Schriftsteller Michail Schischkin in einem «Tages-Anzeiger»-Interview: «Die Texte werden nicht für die Öffentlichkeit in der Schweiz, sondern für die Chefs in Moskau verfasst.»

Dort dürfte man mit der Aussenstelle in Bern unter Botschafter Sergei Garmonin wohl zufrieden sein. Keine andere Botschaft in Europa ist so aktiv dabei, Medienleute an den Pranger zu stellen. Auch keine andere Botschaft in der Schweiz tut dies.

Reporter ohne Grenzen nennt die Drohung «schockierend» und «absurd»: «Die Reaktion zeugt von einer völligen Missachtung der Pressefreiheit», sagt Denis Masmajan, Generalsekretär der Schweizer Sektion. Die Drohung gegen den NZZ-Journalisten sei «nicht überraschend, kommt sie doch aus einem Land, das die



Botschafter Garmonin. Foto: Key

Informationsfreiheit täglich aufs Schwerste verletzt». Masmajan verweist auf die jüngste Verhaftung eines US-Journalisten wegen angeblicher Spionage und auf die Rangierung Russlands im internationalen Vergleich der Pressefreiheit auf Platz 155 von 180. Man wisse, sagt Masmajan, dass die Machthaber in Moskau «vor nichts zurückschrecken, um jegliche Kritik, auch von ausländischen Journalisten, zum Schweigen zu bringen».

Die Botschaft in Bern schreibt, ihr Kommentar «sei keineswegs bedrohlich»: «Wir erinnern die NZZ-Journalisten lediglich daran, dass sie trotz der Meinungsfreiheit in einem Rechtsstaat leben und sich an dessen gesetzlichen Bestimmungen orientieren sollten, die unter anderem die Unterstützung terroristischer Aktivitäten verbieten, worauf wir den geschätzten Journalisten hingewiesen haben.»

Die NZZ verzichtet auf eine Stellungnahme.

Behörden haben Marti zu viele E-Mails geliefert

Sonderermittler Das zuständige Bundesamt hat Sonderermittler Peter Marti mehr E-Mails ausgehändigt als erlaubt. Zu diesem Schluss kam eine bundesinterne Untersuchung zur Corona-Leaks-Affäre um Peter Lauener, den ehemaligen Informationschef von Bundesrat Alain Berset.

Darüber berichtete gestern die SRF-Sendung «Rendez-vous» mit Verweis auf eine Stellungnahme des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD). Das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation habe mit seiner Herausgabepaxis die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen verletzt, schrieb das EFD in der Stellungnahme. Anstelle der beantragten Mails für einen Zeitraum von sechs Wochen wurde Marti der Mailverkehr mehrerer Jahre ausgehändigt.

Das Ergebnis der Untersuchung hat zur Folge, dass die widerrechtlich ausgehändigten E-Mails im Strafverfahren gegen Lauener wohl nicht verwendet werden dürfen, so die Einschätzung zweier Rechtsexperten gegenüber SRF. (SDA)

Weniger Geld für die Bekämpfung von Extremismus

Prävention Der Bundesrat hat die Gelder für Präventionsprogramme gegen Radikalisierung und Extremismus für die nächsten Jahre um ein Viertel gekürzt. Bis 2028 will er noch 3,75 Millionen Franken lockermachen. Das sind pro Jahr 750'000 Franken, oder 250'000 Franken weniger als bisher.

Der Kredit soll Massnahmen und Projekte zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus während fünf Jahren unterstützen, wie der Bundesrat gestern mitteilte. Gemäss einem nationalen Aktionsplan liegt der Fokus dabei auf jungen Menschen sowie einem kritischen Umgang mit dem Internet und den sozialen Medien. Konkret verlängerte der Bundesrat die Geltungsdauer der entsprechenden Rechtsgrundlage bis Ende Juni 2028. Die neuen Mittel sollen ab Januar 2024 zur Verfügung stehen. (SDA)

Staatssekretariat für Sicherheit

Verteidigung Die Landesregierung schafft ein neues Staatssekretariat für Sicherheit im Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Es erarbeitet und koordiniert ab dem 1. Januar 2024 eine gesamtheitliche Sicherheitspolitik. Das Cybersecurityzentrum wechselt vom Finanzdepartement ins VBS. Dieses wird bis Ende Jahr die rechtlichen Grundlagen erarbeiten, wie der Bundesrat gestern mitteilte. Anstoss zu dem neuen Staatssekretariat gab der Krieg in der Ukraine.

Neben militärischen würden Kriege zunehmend mit hybriden Mitteln geführt. Dazu gehören Cyberangriffe, Desinformation, Beeinflussung, Druckversuche oder Erpressung bis hin zu verdeckten Operationen. Sicherheitspolitik kann sich deshalb in den Augen des Bundesrats nicht auf Verteidigung beschränken. (SDA)

Er trat als Freund der Schweiz an – jetzt drängt er zur Eile

Sondierungen Heute reist Livia Leu nach Brüssel. Fürs EU-Parlament ruft Lukas Mandl zu mehr Tempo auf.

«Wir rufen beide Seiten auf, das Fenster für Verhandlungen über eine Paketlösung zu nutzen und sich bis zum Ende des Mandats der EU-Kommission und des Europaparlaments zu einigen.» So der Appell in einer Resolution, die der österreichische EU-Abgeordnete Lukas Mandl vorbereitet hat. Heute kommt Staatssekretärin Livia Leu zur neunten Sondierungsrunde nach Brüssel, und es dürfte nicht die letzte sein. Die Zeit drängt also. Das Fenster für eine Einigung könnte sich aus Sicht des EU-Parlaments bald schliessen.

Die Europawahlen sind knapp ein Jahr später, und die Schweiz hätte es auf EU-Seite kurz danach

mit einem neuen Verhandlungsteam zu tun, das sich zuerst einarbeiten müsste. Der Bundesrat hat Ende März bekannt gegeben, bis vor dem Sommer zumindest die «Eckwerte» für ein Verhandlungsmandat ausarbeiten zu wollen. Das eigentliche Mandat dürfte demnach erst nach den eidgenössischen Wahlen beschlossen und Verhandlungen womöglich erst im neuen Jahr beginnen können. Diesen Schweizer Fahrplan haben die Europaabgeordneten auf dem Radar. Der Appell aus dem EU-Parlament kommt also nicht zu früh, das Plenum soll in den nächsten Wochen über die Resolution von Berichterstatter Mandl abstimmen.

Die Resolution soll die Dringlichkeit einer Lösung für beide Seiten unterstreichen, zählt dabei ältere und neuere Kritikpunkte der EU gegenüber der Schweiz auf. Eine grosse Zahl der bilateralen Abkommen müsse aktualisiert werden, da diese sonst auslaufen würden: «Grundlegende Abkommen erreichen ihr Ablaufdatum.» Die EU-Abgeordneten wollen gemäss Entwurf auf einen «effektiven Streitschlichtungsmechanismus» pochen. Eine gemeinsame Rechtsprechung sei die Voraussetzung für den Zugang zum Binnenmarkt. Einmal mehr beanstandet Brüssel, dass die Schweiz aus der Sicht der EU bilaterale Abkommen nicht korrekt umsetzt

beziehungsweise Gesetze erlassen habe, die dagegen verstossen. Konkret erwähnt werden die Personenfreizügigkeit und der Lohnschutz: Die Resolution drängt darauf, dass Bern das EU-Recht bezüglich entsandte Arbeitnehmer übernimmt und den Lohnschutz entsprechend anpasst.

«Systemisches Risiko»

Dringlichkeit sieht die Resolution auch mit Blick auf ein Stromabkommen. Die Stabilität der Netze und die Versorgungssicherheit seien von einer engen Kooperation zwischen der Schweiz und der EU abhängig. Der Ausschluss der Schweiz stelle ein «systemisches Risiko» für den ganzen Kontinent

dar. Es brauche deshalb eine Lösung für den grenzüberschreitenden Handel mit Strom.

In Bern hatte man grosse Hoffnungen auf Lukas Mandl gesetzt, als der Abgeordnete und Vertraute des damaligen Bundeskanzlers Sebastian Kurz den Auftrag für den Bericht fasste. Der Österreicher äusserte sich in Interviews klar als «Freund der Schweiz» und sah die Gründe fürs Scheitern beim Rahmenabkommen auch in der Brüsseler Verhandlungsführung. Als Berichterstatter muss Mandl allerdings die Positionen der verschiedenen politischen Lager berücksichtigen.

Stephan Israel, Brüssel